

sätzlichen Spannungsherd werden dürfe. Aber gerade das völlig irrealen Beharren auf den Grenzen von 1937 ist zum Beispiel ein gefährliches Element der Spannungen. Es entfacht Illusionen, ermuntert die Unbelehrbaren und erhöht die Kriegsgefahr.

Weder die deutschen Sozialdemokraten noch die deutschen Kommunisten sind für die Eroberungskriege der deutschen Großbourgeoisie verantwortlich. Immer ging es dabei darum, Grenzen zu verändern. Was aber ist herausgekommen?

Unerhörte Verluste an Gut und Blut kommen auf das Schuldkonto der deutschen Großfinanz, ihrer Ludendorffs und ihrer Hitlers. Sehen Sie sich doch die Karte Deutschlands von 1914, dann die nach 1918 und dann die von 1945 an! Die Grenzen von 1914, dann die nach 1918 und 1937 - sie wurden von den deutschen Großkapitalisten und Großgrundbesitzern unwiderruflich verspielt. Sie wollten ihre Macht durch immer neue Raubkriege vergrößern und machten damit Deutschland immer kleiner und spalteten es schließlich. Und was würde von Deutschland nach einem dritten Krieg übrigbleiben? Wer Grenzen ändern will, die seit zwanzig Jahren bestehen, kalkuliert den Krieg als Mittel der Politik ein. Die CDU tut das bewußt.

### *Und wo steht die Sozialdemokratie ?*

Die deutsche Arbeiterklasse vermochte leider nicht zu verhindern, daß zwei Weltkriege von deutschem Boden ausgingen und Unheil über so viele Völker brachten. *Die deutsche Arbeiterklasse, ihre Parteien und Organisationen müssen und können heute verhindern, daß ein dritter Weltkrieg - ein Krieg, der mit Atomwaffen geführt würde - von deutschem Boden ausgeht.*

In der „Offenen Antwort“ wird erklärt, die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre lasse es der SPD nicht als nützlich erscheinen, in eine Diskussion einzutreten, die so tut, als wenn eine Lösung der deutschen Frage im wesentlichen nur von den in Deutschland wirkenden Faktoren abhängt. Wir gestatten uns, hierzu folgendes zu sagen: Natürlich hängt die Lösung der deutschen Frage von verschiedenen Faktoren ab. Der Hauptfaktor aber, die deutsche Arbeiterklasse und ihre Organisationen und das deutsche Volk, bei diesen Faktoren nicht einzubeziehen, heißt auf jede Deutschlandpolitik verzichten.